

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Landeshauptstadt Potsdam, Kommunaler Immobilien Service (KIS).** Schulen.
Der Kommunale Immobilien Service (KIS), Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam, sucht einen privaten Partner, der für die drei Schulstandorte Goetheschule, Einstein-Gymnasium und Humboldt-Gymnasium auf der Grundlage eigener Planungen sowie eines eigenen Finanzierungs- und Betriebskostenkonzeptes die Sanierung, das Gebäudemanagement sowie die Bauunterhaltung im eigenen Namen und auf eigene Rechnung finanziert, durchführt und betreibt. Vertragslaufzeit: 20 Jahre.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 29.11.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:314378-2010:TEXT:DE:HTML>
- **Landkreis Miesbach.** Schulen.
Der Landkreis Miesbach beabsichtigt den Neubau einer Realschule (18 Klassen) plus Dreifeldsporthalle am Standort Gmund sowie eines Gymnasiums (31 Klassen) mit Dreifeldsporthalle in Standortgemeinschaft mit einer Fachoberschule (bis zu 18 Klassen) am Standort Holzkirchen. Dies soll im Rahmen eines PPP-Projektes erfolgen, bei dem der Auftragnehmer zusätzlich zu den Bauleistungen und der Bauzeitfinanzierung auch die langfristige Instandhaltung und Leistungen des Gebäudebetriebs über einen Zeitraum von 25 Jahren an den Schulen übernimmt. Die Langfristfinanzierung erfolgt durch den Landkreis und ist nicht Aufgabe des Auftragnehmers.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 15.11.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:302037-2010:TEXT:DE:HTML>

Vorinformation

- **Land Baden-Württemberg.** Polizeidirektion Ravensburg.
Der Bau der neuen Polizeidirektion Ravensburg in der Gartenstraße ist „in trockenen Tüchern“. Der 11,5 Mio. Euro teure Neubau ist im Haushalt 2010/11 fest eingeplant und kann jetzt ausgeschrieben werden. Ausschreibung und Planung hatten sich verzögert, weil das PPP-Projekt aufgrund einer Anfrage des Landesrechnungshofes nochmals auf den finanziellen Prüfstand musste. **Quelle:**
http://www.cdu-ravensburg.de/index.php?rub_id=1&det_id=657_21&PHPSESSID=8v1ajrkd9csujfme3aq40ff7

Zuschlagserteilungen

- **Land Niedersachsen.** JVA Bremervörde.
Den Zuschlag für das ÖPP-Projekt „Justizvollzugsanstalt Bremervörde“ hat die **Royal BAM Group nv** mit Sitz in Bunnik in den Niederlanden erhalten. Vergeben wurde ein Gesamtleistungsumfang, der die Planung, die Finanzierung, die Errichtung der Gebäude und die Wahrnehmung bestimmter nicht hoheitlicher Aufgaben im Betrieb einer Justizvollzugsanstalt beinhaltet. Die reinen Baukosten betragen 50,5 Mio. Euro, die Gesamtinvestition rd. 66 Mio. Euro. **Quelle:**
http://www.mj.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=3745&article_id=91163&psmand=13
- **Kalifornien.** PPP-Projekt an Golden-Gate-Brücke.
Das kalifornische Verkehrsministerium und die Verkehrsbehörde von San Francisco haben eine Absichtserklärung („Notice of Intent to Award“) veröffentlicht, einem Konsortium um **HOCHTIEF PPP Solutions North America** den Zuschlag für ein eine Mrd. US-Dollar (715 Mio. Euro) schweres PPP-Projekt zu erteilen. Die US-Tochter von HOCHTIEF Concessions soll mit einem Partner den Presidio Parkway in San Francisco – eine neue südliche Zufahrt zur Golden-Gate-Bridge – planen, bauen, finanzieren, betreiben und instand halten. **Quelle:** <http://www.hochtief.de/hochtief/200.jhtml?pid=8623>

Weitere Informationen

- **PPP-Task Force Nordrhein-Westfalen.** Insolvenzfestigkeit von Forfaitierungen.
Die PPP-Task Force NRW hat am 14. Juli 2010 einen Workshop zum Thema „Insolvenzfestigkeit von Forfaitierungen bei der Finanzierung von ÖPP“ durchgeführt, zu dem Bankenvertreter, juristische Berater und Vertreter der Kommunalaufsicht geladen waren. Dokumentation zum Download unter:
http://www.ppp-nrw.de/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/workshop_insolvenzfestigkeit.pdf



- **ÖPP-Initiative Baden-Württemberg.** Rechtliche und steuerliche Aspekte bei PPP-Modellen .
Im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg hat die Kanzlei und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RP Richter & Partner eine rechtliche und steuerliche Bewertung der PPP-Modelle im Hochbau vorgenommen. Zum Download unter:
<http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1106/Rechtliche%20und%20steuerliche%20Aspekte%20bei%20PPP-Modellen.pdf>
- **Deutscher Bundestag.** Beantwortete Anfragen zu PPP-Themen.
Im Deutschen Bundestag sind zwei Anfragen zu PPP-Themen beantwortet worden
 - Realisierung der zweiten Staffel von Projekten nach dem A-Modell bei Bundesfernstraßen.
Die bislang umgesetzten oder noch geplanten zwölf Baumaßnahmen mit privater Beteiligung (sogenannte ÖPP-Maßnahmen) umfassen maximal 5% des deutschen Autobahnnetzes. Über Maut-einnahmen und Vergütungszahlungen lägen keine aussagekräftigen Prognosen vor, heißt es u. a. in der Antwort. **Quelle:** <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/031/1703196.pdf>
 - Transparenz in Public Private Partnerships (PPP-Projekte).
Auch bei dieser Anfrage geht es vornehmlich um die A-Modelle. Der Umgang mit Informationen während eines Vergabeverfahrens obliegt der Vergabestelle. Über Konzessionsverträge kann der Konzessionsgeber nicht verfügen. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen wurden der „Geheim-schutzstelle“ des Deutschen Bundestages zur Einsichtnahme durch die Abgeordneten übermit-telt. **Quelle:** <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/033/1703330.pdf>
- **Bundesverband PPP.** Sitzung des AK Finanzierung am 15.09.2010.
Die Präsentationen der 24. Arbeitskreissitzung Finanzierung in Stuttgart finden Sie unter:
http://www.bppp.de/bppp.php/cat/52/aid/266/title/Sitzung_des_AK_Finanzierung_am_15.09.2010

Veranstaltungshinweise

- **BWI-Bau-Workshop.** Projektfinanzierungen bei PPP-Projekten.
Das BWI-Bau veranstaltet am **3. November 2010** in Düsseldorf von 09:00 Uhr – 16:30 Uhr einen Workshop zum Thema „Projektfinanzierungen bei PPP-Projekten“. Referenten sind Dipl.-Kfm. **Dirk Neunzehn**, TU Bergakademie Freiberg, sowie Dipl.-Ing. **Hans-Wilhelm Käsewieter**, PSPC GmbH. Programmablauf und Anmeldung sind in der Anlage beigefügt.
- **Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.** Praxisdialog "Mehr Transparenz bei ÖPP-Projekten".
Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie veranstaltet am **4. November 2010** gemeinsam mit der HEUSSEN Rechtsanwalts-gesellschaft mbH in Berlin einen "Praxisdialog - ÖPP im öffentlicher Hochbau" zum Thema "Mehr Transparenz bei ÖPP-Projekten". Programm und Anmeldung unter:
<http://www.ppp-plattform.de/index.php?page=230&article=2333>
- **PPP in Niedersachsen.** Informationsveranstaltung.
Das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und die NBank laden am **4. No-vember 2010** zu einer PPP-Veranstaltung im Rahmen der PPP-Initiative nach **Lüneburg** ein. Neben Berichten aus der Praxis werden die Rahmenbedingungen für das 3. PPP-Förderprogramm vorgestellt. Anmeldungen werden bis zum 29.10.10. Weitere Infos unter:
http://www.ppp.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=12870&article_id=55913&psmand=49
- **Landessportbund Hessen e. V.** Nachhaltige Sportstätten durch PPP?
Am **18. November 2010** findet in der Sportschule des Landessportbundes Hessen e. V. in Frankfurt im Rahmen der 3. sportinfra die Fachtagung "Nachhaltige Sportstätten durch PPP? – Möglichkeiten und Beispiele" statt. Programmablauf unter: <http://www.sportinfra.de/de/programm/session/3/>

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
E.Paulsen@BWI-Bau.de
<http://www.BWI-Bau.de>



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **Vergabekammer Münster, Beschluss vom 7. Oktober 2010 – Verg 6/10**
<http://tinyurl.com/PPPNews0310>

Anforderungen an die vergabefreie Inhouse-Vergabe

Eine Gruppe von vier Kreisen plante im Jahr 2009 die Direktvergabe von Personenbeförderungsleistungen an das Verkehrsunternehmen R., dessen Gesellschafter allein die vier Kreise sind. Der Auftragswert beträgt ca. 16 Mio. Euro. Die Antragstellerin rügt das Unterlassen einer Ausschreibung.

Die VK gab dem Nachprüfungsantrag statt. Ein vergabefreies Eigengeschäft („Inhouse-Vergabe“) läge vor, wenn a) der öffentliche Auftraggeber eine andere juristische Person mit Dienstleistungen beauftragt, die sich in seinem alleinigen Anteilsbesitz befindet und über die er eine Kontrolle wie über eine eigene Dienststelle ausübt, und wenn b) die beauftragte juristische Person ihre Tätigkeit im Wesentlichen für diesen öffentlichen Auftraggeber verrichtet. Die zweite Voraussetzung, dass die beauftragte juristische Person, hier die Beigeladene, ihre Tätigkeit nicht im Wesentlichen für den öffentlichen Auftraggeber verrichtet, läge hier nicht vor.

Zwar dürfe eine öffentliche Stelle ihre im allgemeinen Interesse liegenden Aufgaben mit ihren eigenen administrativen, technischen und sonstigen Mitteln und auch in Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen erfüllen, ohne gezwungen zu sein, sich an externe Einrichtungen zu wenden, die nicht zu ihren Dienststellen gehören. Solche Geschäfte seien vergabefrei, weil kein anderer mit der Erbringung der Leistungen beauftragt werde. Die in-house Argumentation beruhe darauf, dass die zu erbringenden Leistungen den Bereich der kommunalen Gesellschaften nie verlasse. Es werde kein "Auftrag" erteilt, weil keine unterschiedlichen Personen beteiligt sind. Die Leistungserbringung erfolgt bei dieser Sichtweise entweder durch die kommunalen Anteilseigner selbst oder durch eine Gesellschaft, die wie eine Betriebsabteilung der Kommune wirkt.

Die mit einer vergabefreien Eigenrealisierung unverträgliche Marktberührung finde aber statt, wenn eine Gesellschaft sich zwar mit den ihr von den Anteilseignern übertragenen Aufgaben beschäftige, diese aber nicht selbst ausführen kann, weil ihr die dafür erforderlichen Betriebsmittel fehlen. Im Ergebnis liege deshalb vorliegend kein vergabefreies Eigengeschäft vor. Die Antragsgegner erteilten vielmehr einen entgeltlichen Dienstleistungsauftrag iSv § 99 GWB, der dem förmlichen Kartellvergaberecht nach dem 4. Teil des GWB unterliege.

PPP-Aufträge über „Planen, Bauen und Betreiben kommunaler Gebäude“ kamen in der Vergangenheit als Inhouse-Vergaben mehrfach zwischen einer Kommune und ihrer für die Immobilienwirtschaft zuständigen Tochtergesellschaft vor. Da aber die kommunalen Immobiliengesellschaften in der Regel nur das Management, nicht aber die eigentliche Umsetzung (durch Planung und Bauen) vornehmen, werden auch derartige Aufträge an kommunale Tochtergesellschaften tendenziell nur nach vorheriger Durchführung einer Ausschreibung zulässig sein.

Mütze Korsch Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrg.com
www.mkrg.com

